

Der Mainzer Innenminister Karl Peter Bruch und seine besondere Beziehung zu den US-Streitkräften



Fotomontage: LUFTPOST

„Ich bin Generalmajor Bennie E. Williams sehr verbunden für die außerordentlich gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und empfinde diese Ernennung (zum Ehrenoberst) als große Ehre. Wir arbeiten beide für das gleiche Ziel: Dass die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den hier stationierten Amerikanern in eine gedeihliche Zukunft blicken können“, so Bruch. (PM des MDI)

Fundsachen

Ministerium des Innern und für Sport, Pressemitteilung, 02.12.04

Bruch zum Ehrenoberst der 21st Theater Support Command ernannt

US-Streitkräfte

(http://www.ism.rlp.de/Internet/nav/4f5/presse.jsp?uMen=4f52f6fd-ee9d-40d4-9e64-fe72e0c7db0b&sel_uCon=2ed62664-5c38-4efe-a1ea-dfd319089811&page=0&pagesize=10)

In Anerkennung seiner Unterstützung der US-Armee, insbesondere seiner guten Zusammenarbeit mit dem 21st Theater Support Command (TSC) wurde Innenstaatssekretär Karl Peter Bruch heute von Generalmajor Bennie E. Williams, kommandierender General der 21st TSC, in Kaiserslautern zum Ehrenoberst der Einheit ernannt.

In seinen Dankesworten wies Staatssekretär Bruch auf die guten und engen Beziehungen von Rheinland-Pfalz zu den US-Streitkräften und ihren Angehörigen hin, insbesondere hob er die mittlerweile partnerschaftlichen Beziehungen zur 21st TSC hervor. **Bruch erinnerte daran, dass es Aufgabe des Innenministeriums sei, intensive Kontakte zu den US-Streitkräften zu pflegen. Diese Aufgabe habe noch einmal ein größeres Gewicht bekommen, nachdem ihn Ministerpräsident Beck beauftragt hatte, für die Landesregierung ein eigenes Konzept für die Weiterentwicklung der US-Standorte in Rheinland-Pfalz zu entwickeln.** Im Zuge dessen habe er alle Standorte aufgesucht und hierbei sehr persönliche Kontakte knüpfen können. „Ich bin Generalmajor Bennie E. Williams sehr verbunden für die außerordentlich gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und empfinde diese Ernennung als große Ehre. Wir arbeiten beide für das gleiche Ziel: Dass die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den hier stationierten Amerikanern in eine gedeihliche Zukunft blicken können“, so Bruch.

(Die Hervorhebungen im Text wurden von der LUFTPOST-Redaktion vorgenommen.)

Ministerium des Innern und für Sport, Pressemitteilung, 29.08.07

Bruch: Housing-Initiative ist wichtig zur Sicherung der Standorte und damit der Wirtschaftskraft der betroffenen Regionen

US-Streitkräfte/ Housing-Initiative (Schreibweise wurde aus der PM übernommen.)

(http://www.ism.rlp.de/Internet/nav/084/084e1b8f-ebe5-496f-aabe-439c1a340434&sel_uCon=57573810-3c1b-4113-3e2d-ca90fb0e2236&dp=1.htm)

Unser ganzes Bemühen der vergangenen vier Jahre – und die Housing Initiative ist dabei nur ein Baustein – dient dazu, die Stationierung der US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz zu sichern. Daran hängen sehr viele Arbeitsplätze und eine große Wertschöpfung für unser Land. Erinnern wir uns: Damals sprach der damalige US-Verteidigungsminister Rumsfeld davon, die US-Streitkräfte weitgehend aus Mitteleuropa abzuziehen und nach Osten zu verlegen. Was hätte das für unser Bundesland, und gerade für die betroffenen Regionen bedeutet? Das möchte ich mir nicht ausmalen. Also sind wir aktiv geworden, haben das Gespräch mit den Amerikanern gesucht und Möglichkeiten ausgelotet, wie wir die Amerikaner hier unterstützen können. Ein Baustein dabei ist die Housing Initiative, es gibt noch wichtige andere. Mittlerweile ist nicht nur Ramstein mit der Kaiserslautern Military Community von den Amerikanern zur ‚enduring base‘, also zum dauerhaften Standort ernannt worden, sondern auch Spangdahlem. Das war lange Zeit unsicher und eine wichtige Entscheidung für unser Land. Und wir kämpfen weiterhin für den Erhalt des Standorts Baumholder. Unser Bemühen liegt deshalb gerade im Interesse all derer, die bisher – und eben hoffentlich auch in der Zukunft – von den US-Streitkräften profitiert haben“. Dies sagte Innenminister Karl Peter Bruch heute im rheinland-pfälzischen Landtag.

„Ziel der Housing-Initiative ist es, eine qualitative Verbesserung der Wohnverhältnisse für die US-Streitkräfte und ihre Familienangehörigen zu erreichen. Wir

haben die Housing-Initiative stets in enger Zusammenarbeit mit der US-Seite und auf Grundlage von Zahlen der Amerikaner entwickelt“, stellte Innenminister Bruch fest. Er betonte, dass das Housing-Programm im Schulterschluss mit den Kommunen, den örtlichen Investoren, Unternehmen und unter Einbindung privater Wohnungsanbieter laufen werde. „Um Unternehmen wie private Anbieter in die Initiative bestmöglich einzubinden, habe ich sowohl für die Region um Spangdahlem, als auch für die Region um Ramstein jeweils einen lokalen ‚Kümmerer‘ bestellt. Er ist ansprechbar für individuelle Fallgestaltungen und Fragestellungen und ist das Bindeglied zur HIRP“, sagte Bruch.

Die HIRP – die „Housing Initiative Rheinland-Pfalz Management und Entwicklungsgesellschaft mbH“ sei das Umsetzungsorgan der Initiative. Gegenstand des Unternehmens sei die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Immobilienentwicklung für die US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz. Über die HIRP finde die zentrale Steuerung hinsichtlich Qualität und Quantität für die zu schaffenden Wohneinheiten für US-Soldaten statt. Die wesentlichen Aufgaben der HIRP seien dabei die Sicherstellung der strukturellen, demographischen und städtebaulichen Qualitäten und die Minimierung der investiven Risiken über die Definition von Standards.

Die Befürchtungen privater Wohnungseigentümer habe er von Beginn an ernst genommen, so Bruch weiter: „Natürlich darf es nicht sein, dass wir durch dieses Programm den privaten Markt durcheinander bringen.“ Deshalb werde der Bedarf sehr genau analysiert. **Die HIRP analysiere derzeit auch den Leerstand an Wohnraum im Umfeld der Air Base Ramstein:** Wie viel Leerstand gibt es, um welche Wohnungen welcher Qualität handelt es sich, in welcher Entfernung zum Flugplatz liegen sie und wird den neuen Standards des US-Militärs entsprochen? **„Sollte diese Analyse ergeben, dass derzeit tatsächlich kein Bedarf für neue Wohneinheiten in anderer Qualität in und um die Militärgemeinde Kaiserslautern besteht, dann wird sich die HIRP diesen Marktgegebenheiten anpassen. Als private Gesellschaft wird sie nicht in einen gesättigten Markt hinein bauen lassen.“** Die HIRP sei erst vor kurzem aus der Taufe gehoben worden. „Die Vorstellung, dass jetzt schon die Bagger bereit stehen und morgen zu bauen begonnen wird, geht vollkommen an der Realität vorbei. Es besteht überhaupt keine Eile. Zunächst geht es um die notwendigen Vorarbeiten, hier gilt: Gründlichkeit vor Schnelligkeit“.

Das Housing-Programm solle für die Regionen wirtschaftlich nutzbringend und dazu siedlungspolitisch verträglich sein. „Hier liegt der Hase im Pfeffer. Natürlich gibt der private Markt ohnehin ein Wachstum her. Ziel ist es aber, dieses Wachstum – orientiert an den neuen qualitativen Erfordernissen der US-Streitkräfte – gesteuert umzusetzen, städtebaulich und siedlungspolitisch eingebettet in die Region. Das Entstehen größerer einförmiger Siedlungen soll durch die zentrale Steuerung eben vermieden werden. Das liegt gerade im Interesse der Kommunen“, betonte der Minister.

„Anfang des Monats gab es bereits eine Regionalkonferenz zum Thema Housing-Initiative für die Region um Spangdahlem in Speicher. Am 17. September wird es in Landstuhl eine Informationsveranstaltung geben, bei der im Detail über die Projektausgestaltung der Housing-Initiative um die Air Base Ramstein informiert wird. Hierzu sind alle kommunal Verantwortlichen und Interessierten herzlich eingeladen,“ so Bruch abschließend.
(Die Hervorhebungen im Text wurden von der LUFTPOST-Redaktion vorgenommen.)

Unser Kommentar

Seit Mai 2005 haben wir in vielen Ausgaben der LUFTPOST auf die fatalen Folgen des zunächst geplanten US-Wohnghettos Sequoia-Village im Breitenwald bei Landstuhl und der derzeit verfolgten, über Westpfalz und Eifel verstreuten Housing Initiative Rheinland-

Pfalz / HIRP informiert. Immer wieder haben wir nicht nur auf die hohen Leerstände oder die finanziellen Nachteile für die Altvermieter und die rheinland-pfälzischen Steuerzahler hingewiesen. In den letzten Wochen ist Vertretern der FDP und der CDU, Maklern und Hausbesitzern zumindest aufgefallen, dass alle, die bereits an US-Amerikaner vermietet haben oder an der Vermittlung dieser US-Mietverhältnisse verdienen, mit hohen finanziellen Einbußen rechnen müssen. Die in den beiden abgedruckten Pressemitteilungen überdeutlich dokumentierte US-hörige Politik der Herren Beck und Bruch und ihrer SPD-Landesregierung hat aber weit schwerwiegendere Konsequenzen, auf die bisher nur wir aufmerksam gemacht haben.

- *Die 15-jährigen Mietzahlungsgarantie des Landes, von der vor allem Investoren profitieren, die selbst nicht in der Region wohnen, wird die rheinland-pfälzischen Steuerzahler bei fortschreitendem US-Truppenabbau noch viel Geld kosten.*
- *Wenn Beck und Bruch durch USA-Reisen und immer neue Zugeständnisse an die US-Streitkräfte deren Abzug tatsächlich verhindert haben, tragen sie die Hauptverantwortung für den wirtschaftlichen Niedergang der militärisch besonders belasteten rheinland-pfälzischen Regionen. Das Märchen von der "großen Wertschöpfung" aus der US-Präsenz wird seit Jahren mit manipulierten US-Statistiken belegt. Dabei arbeiten immer weniger Einheimische beim US-Militär, und die Umsätze mit US-Kunden gehen durch die forciert betriebene US-Selbstversorgung (KMCC!) langsam aber unaufhaltsam in allen Branchen gegen Null.*
- *Der auch mit Landesmitteln finanzierte Ausbau der US-Flugplätze Ramstein und Spangdahlem hat den Fluglärm und die sonstigen Umweltbelastungen (Luft, Boden, Grundwasser) vergrößert und das Erkrankungsrisiko für die Bevölkerung erhöht. Das Angebot der SPD-Landesregierung, zusätzlich zu dem privat finanzierten US-Housing-Programm auch die militärischen Infrastruktur in Kaiserslautern und Baumholder mit privaten Mitteln verbessern zu lassen, verbraucht nur weitere Flächen und behindert eine sinnvolle Entwicklung.*
- *Von der US-Air Base Spangdahlem, der US-Air Base Ramstein und der US-Militärregion Kaiserslautern aus werden die völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskriege der Bush-Administration und der NATO mit Truppen, Waffen und Munition versorgt. Die Gefahr, dass es zu Flugzeugabstürzen mit hochexplosiver Fracht oder zu katastrophalen Terroranschlägen kommen könnte, wächst ständig. Jeder öffentlich oder privat finanzierte Beitrag zur Verlängerung der US-Präsenz erweitert den finanziellen Spielraum der US-Streitkräfte und verlängert das Morden und Brennen in Afghanistan, im Irak und demnächst wohl auch im Iran.*
- *Einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung wird es nur geben, wenn sich nach Abzug der US-Streitkräfte ein sanfter Tourismus und – zumindest in der Westpfalz im Umfeld der TU Kaiserslautern – eine umweltschonende Hightech-Industrie entwickeln können.*

Wer Geld in neue Bruch-Komforthäuser investiert, sollte bedenken, dass Piloten darin wohnen könnten, die Tod und Verderben zu den US-Schlachtfeldern transportieren. Wer Geld in den Bau von Schutzhallen für US-Kriegsgerät steckt, sollte bedenken, was mit diesen Waffen den Menschen im Mittleren Osten angetan wird. Wer von der fatalen, kriegsunterstützenden und kriegsverlängernden Politik dieser SPD-Landesregierung profitieren will, lässt sich wie die Herren Beck und Bruch zum Komplizen der Kriegsverbrecher in Washington machen.